

Analyse

Politische Jugendorganisationen und Jugendbewegungen in Russland

Jens Siegert, Heinrich-Böll-Stiftung, Moskau

Zusammenfassung

Ein großer Teil der russischen Jugendlichen ist politisch uninteressiert und abstinert. Sowohl das starke Desinteresse an Politik von jungen Menschen als auch ihre relative Missachtung durch praktisch alle politischen Lager verändern sich seit einigen Jahren. Dieser Prozess wurde durch die „Revolutionen“ genannten politischen Umbrüche in Georgien, in der Ukraine und in Kirgisien erheblich beschleunigt. Im Ergebnis gewinnen politische Jugendorganisationen an Bedeutung. Dabei sind junge Menschen sowohl Subjekt als auch Objekt. Sie werden von Polittechnologen zu „Agitbrigaden“ geformt oder von Parteiführern zum Rebranding ihrer Parteien genutzt. Gleichzeitig entdecken viele junge Menschen aber auch die Politik als Mittel zu Selbstverwirklichung wieder.

Einige Jugendorganisationen sind Teile subkultureller Parallelgesellschaften. Andere bieten die Perspektive eines sozialen Lifts, der seine Passagiere in einem eher fest gefügten politischen System in die höheren Etagen befördern kann. Diese verschiedenen Interessen und Funktionen sollen genauer betrachtet und, soweit möglich, eingeordnet werden.

Jugend und Politik

Ein großer Teil der russischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen galten und gelten als politisch uninteressiert und abstinert. Politik hatte bei ihnen mehr noch als in der Bevölkerung insgesamt den Ruf schmutzig, korrupt, ja obszön zu sein. Umgekehrt kümmerten sich Politiker aller Richtungen wenig um junge Menschen. Politischer Nachwuchs wurde wenig gebraucht, weil ein großer Teil der russischen politischen Elite selbst noch relativ jung ist. Um sie als Wählerinnen und Wähler zu werben galt angesichts ihrer aufgrund der demographischen Entwicklung relativ geringen Generationenstärke und ihrer starken Politikabstinenz als nicht sonderlich effektiv. Rentner und Rentnerinnen dagegen sind eine ansprechbare, politisch interessierte und vor allem disziplinierte Wählergruppe. (Siehe dazu die Tabellen und Grafiken auf den Seiten 8 bis 10)

Sowohl das starke Desinteresse von jungen Menschen als auch ihre relative Missachtung durch praktisch alle politischen Lager verändern sich seit einigen Jahren. Dieser Prozess wurde durch die „Revolutionen“ genannten politischen Umbrüche in Georgien, in der Ukraine und in Kirgisien erheblich beschleunigt. Insbesondere die „Orangene Revolution“ in der Ukraine wird von der liberalen und auch einem großen Teil der kommunistischen Opposition als Hoffnungsschimmer empfunden. Der Kreml und ihm nahe stehende Kräfte sehen darin eine möglicherweise existentielle Bedrohung für das etablierte politische System unter Präsident Putin.

Das russische „molodjoschnyje organizazii“ wird mit der direkten Übersetzung „Jugendorganisationen“

nur ungenau umrissen. Gemeint sind Vereinigungen von Menschen zwischen 15 und 30 Jahren. Ich werde im Folgenden die Worte Jugend, Jugendlicher oder Jugendorganisationen in diesem Sinn benutzen.

Jugendorganisationen – ein Querschnittsportrait

In den hier beschriebenen politischen Entwicklungen sind junge Menschen sowohl Subjekt als auch Objekt. Sie werden von Polittechnologen zu „Agitbrigaden“ geformt oder von Parteiführern zum Rebranding ihrer Parteien genutzt. Gleichzeitig entdecken viele junge Menschen aber auch die Politik als Mittel der Selbstverwirklichung wieder. Politik wird als Abenteuer und Extremerfahrung gesucht. Einige Jugendorganisationen sind Teile subkultureller Parallelgesellschaften. Andere bieten die Perspektive eines sozialen Lifts, der seine Passagiere in einem eher fest gefügten politischen System in die höheren Etagen befördern kann.

Es lassen sich grob vier ideologische Gruppen von Jugendorganisationen unterscheiden: Rechtsradikale und nationalistische Gruppen, linksradikale und kommunistische Organisationen, liberale, an westlichen Demokratiemodellen orientierte Gruppierungen und vom Kreml initiierte oder ihm loyale Organisationen. Über die jeweilige Größe dieser vier politischen Richtungen gibt es kaum zuverlässige Informationen. Die Eigenangaben der Organisationen sind mit großer Vorsicht zu betrachten. Im heutigen Russland eher unzuverlässige Indikatoren wie öffentliche und Medienrelevanz, Anzahl und Größe der politischen Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen oder

Auftritte im Internet und Hostbesuche lassen aber vermuten, dass linksradikale, nationalistische und kremlnahe Gruppen etwa gleich große Mitgliederzahlen und Anhängerschaft haben, während die liberalen Gruppierungen zwar zahlreich aber erheblich schwächer sind. (Siehe dazu auch die Grafik auf Seite 7)

Das Interesse der jungen Menschen speist sich bei den Linksradikalen, den Nationalisten und den Liberalen vorwiegend aus idealistischen, moralisch-ethischen und weltanschaulichen Motiven. Das ernsthafte Engagement mit oft durchaus missionarischen Zügen unterscheidet diese Gruppen nicht von Jugendbewegungen in anderen Ländern und zu anderen Zeiten. In den kremlorientierten Gruppen dagegen überwiegen opportunistische Verhaltensweisen mit stärkerem Bezug zu sozialen und politischen Überlebenspraktiken aus der Sowjetzeit. Eine große Rolle spielen auch rational-zweckorientierten Karriereplanungen. Die liberalen Gruppen sind stärker in Moskau, St. Petersburg und anderen Großstädten vertreten. Linksradikale und Kremlnahe Organisationen haben in den kleineren Städten und in ländlichen Gebieten größere Mobilisierungserfolge. Rechtsextreme Gruppen scheinen auch in den Großstädten mit ihrer stärkeren ethnischen Vermischung erfolgreicher zu sein. In den Regionen finden sich unter Jugendlichen oft Ansätze eines spontanen ‚originären Patriotismus‘, der aber häufig mit einem nach außen aggressiven nationalen Minderwertigkeitskomplex einhergeht.

Im Gegensatz zum ernsthaften Zugang der meisten Aktiven in den unterschiedlichen Jugendorganisationen bleibt das staatliche Interesse, aber auch das Interesse der politischen Parteien von links bis rechts oberflächlich und instrumentell. In der offiziellen staatlichen Jugenddoktrin werden Jugendliche in erster Linie als „Arbeitskräfteressource“ definiert und unter demographischen Gesichtspunkten behandelt. Trotz des verstärkten Interesses junger Menschen an politischem Engagement bleibt ihr Vertrauen in politische und staatliche Institutionen klein. Vertrauen genießen in Umfragen nur Präsident Putin und die orthodoxe Kirche. Parlament, Parteien, Gerichte und Presse werden als gleichermaßen korrupt und inkompetent eingeschätzt.

Für die Identifikation von Jugendlichen mit politischen Gruppen sind kulturelle und subkulturelle Symbole wichtig. Viele Organisationen haben bekannte und populäre Musiker, Schauspieler oder andere öffentliche Personen wie Fernsehmoderatoren, Showmaster oder Sportler als Mitglieder oder Aushängeschilder. In den kremlnahen Organisationen dienen diese Stars mit möglichst „kultigem“ Image vorwiegend dazu, ihnen mehr Aufmerksamkeit und

Anziehungskraft unter Jugendlichen zu verschaffen. Bei staatsferneren und oppositionellen Gruppen haben diese Prominenten mitunter stil- und auch ideologiebildende Funktionen.

In der Jugendkultur wird die aus der Sowjetzeit übernommene, an die heutige soziale und politische Wirklichkeit in Russland angepasste Unterscheidung in „Gopniki“ und „Neformaly“ wieder wichtig. Die von den „Neformaly“ so genannten „Gopniki“ (die Herkunft der Bezeichnung ist strittig und sie selbst würden sich nie so nennen) kommen eher aus der Provinz denn aus einer Großstadt. Sie neigen einer vor allem durch das Fernsehen verbreiteten Massenkultur zu, die in Russland „popsa“ genannt wird, ein vom englischen „Pop“ abgeleiteter und verächtlich gemeinter Sammelbegriff. „Popsa“ wäre, auf Deutschland und andere Zeiten übertragen, eher Schlager und Klamauk als Punk und Kabarett. „Gopniki“ neigen zur offenen, zumindest aber latenten Ablehnung von Fremdem und Fremden. Oft pflegen sie antiintellektuelle Vorurteile, die schnell in Intellektuellenfeindlichkeit umschlagen. Wichtig für „Gopniki“ ist es dazu zu gehören und hinein zu passen. „Gopniki“ sind per definitionem apolitisch oder antipolitisch

„Neformaly“ wollen in fast allem das Gegenteil der „Gopniki“ sein. Sie kleiden sich anders als der Mainstream der Gesellschaft und hören Musik mit tatsächlich oder vermeintlich widerständiger Tradition, bevorzugt westlicher Herkunft. „Neformaly“ verachten das Fernsehen. Eine Ausnahme ist der – im Übrigen staatliche – Sender „Kultura“, der unter Putins Präsidentschaft die Rolle der Literaturnaja Gasetas aus der Spätphase der Sowjetunion als „Ventil“ zum Dampfablassen für nicht allzu radikale oppositionelle Meinungen übernommen hat. „Neformaly“ interessieren sich für Politik, ohne unbedingt schon politisch engagiert zu sein. Ihre Sympathien gehören meist der ukrainischen „orangenen Revolution“.

„Staatsjugend“

Drei Jugendorganisationen wurden in den vergangenen vier Jahren auf Initiative und mit Unterstützung der Präsidialadministration aufgebaut: „Gemeinsamer Weg“ (Iduschtschije Wmestje), „Unsere“ (Naschi) und die Mitte November in „Junge Garde des Einigen Russlands“ umbenannte Jugendorganisation der Kremlpartei „Einiges Russland“.

Das Projekt „Gemeinsamer Weg“ 2001 und seine faktische Nachfolgeorganisation „Unsere“ werden beide von Wladimir Jakemenko geleitet, einem ehemaligen Mitarbeiter der Kremladministration. Jakemenko leugnet diese Verbindung nicht. Im Gegenteil betont er immer wieder seine politische und persönliche Nähe zur Staatsführung unter Präsident Putin. Die

Anfang 2005 geschaffenen „Unseren“ sind eine direkte Reaktion auf die in Russland so genannten „bunten Revolutionen“ in Georgien, der Ukraine und Kirgisien. Hauptziel von „Gemeinsamer Weg“ und „Unsere“ ist die bedingungslose Unterstützung von Präsident Putin und seiner Politik. „Unsere“ nennen sich „antifaschistisch“. Als „faschistisch“ bezeichnet Jakemenko jedwede politische Opposition, also neben rechtsextremen auch liberale und kommunistische Gruppen und Politiker.

Die beiden von Jakemenko geleiteten Gruppen verfügen über erhebliche Geldmittel. „Gemeinsamer Weg“ organisierte in den vergangenen Jahren eine Reihe von Kundgebungen und Konzerten zur Unterstützung der Politik des Kreml, zu denen meist mehrere tausend junge Menschen mit Zügen und Autobussen nach Moskau gebracht wurden. „Unsere“ versammelten Mitte Mai 2005 über 50.000 Anhänger in Moskau auf dem gesperrten Leninprospekt, alle in einheitlichen T-Shirts, „zu Ehren der Veteranen des Großen Vaterländischen Kriegs“. Im Sommer veranstalteten sie ein Sommerlager für mehrere Tausend „Kommissare“, wie die Funktionäre genannt werden. Dort traten als Referenten u.a. der stellvertretende Chef der Präsidentenorganisation Wladislaw Surkow und der Polittechnologe Gleb Pawlowskij auf. Surkow gilt als Mentor der Organisation. Im Anschluss an das Lager empfing Präsident Putin rund 20 „Kommissare“ auf seiner Datscha bei Moskau. Selbstverständlich wurde über alle diese Ereignisse ausführlich von den zentralen Fernsehkanälen berichtet. Nach Presseberichten kosteten allein Lager und Demonstration zusammen mehr als vier Millionen US-Dollar.

Mediale Aufmerksamkeit erregten „Gemeinsamer Weg“ und „Unsere“ auch durch Aktionen gegen den postmodernen Schriftsteller Wladimir Sorokin. „Gemeinsamer Weg“ errichtete vor drei Jahren im Moskauer Stadtzentrum eine überdimensionierte Papptoilette, in die Aktivisten als „pornographisch“ geschmähte Bücher Sorokins warfen und wässerten. Jakemenko zeigte Sorokin wegen Pornographie an. Die Staatsanwaltschaft eröffnete tatsächlich ein Verfahren, zum Gerichtsprozess kam es aber nie. Im Frühjahr 2005 protestierten „Unsere“ vor dem Bolschoj Theater in Moskau gegen die Aufführung einer Oper nach einem Libretto Sorokins. Die Aufführung dieses „unrussischen“ Werks sei eine „Entweihung“ der nationalen Institution Bolschoj Theater, begründete Jakemenko den Protest.

Die innere Struktur der Organisation „Unsere“ ist streng hierarchisch und nach außen abgeschlossen. Ohne Erlaubnis Interviews zu geben oder

mit Journalisten zu reden ist nicht nur einfachen Mitgliedern, sondern auch „Kommissaren“ verboten. Als Lohn für gute Leistungen winken Kontakte zu wichtigen Politikern und Beamten sowie die Teilnahme an Lagern und Schulungen. Vor allem die Aussicht auf sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg durch enge Verbindungen zur staatlichen Führungselite auf allen Ebenen machen „Unsere“ besonders für viele jungen Menschen in den Regionen attraktiv.

2005 eröffneten „Unsere“ eine eigene „Hochschule“, die „junge Führungspersonen“ heranziehen soll. Jakemenko erklärte mehrfach öffentlich, „Unsere“ seien die künftigen „Führer“ (lidersy) Russlands. Für oft in der Presse wiederholte Behauptungen, Studierende würden an vielen Hochschulen von Dozenten und Rektoren zum Eintritt in „Unsere“ gedrängt, gibt es keine ausreichenden Belege. In einzelnen Städten, darunter in Moskau, haben „Unsere“ enge Verbindungen zur Hooligan-Szene der Fußballfans.

Am 4. Dezember wollen mehr als 3.000 „Unsere“ bei den Wahlen zur Moskauer Stadtduma als „unabhängige Wahlbeobachter“ nach den Worten von Jakemenko verhindern, dass „Liberale und Faschisten die Wahlen sprengen“. Mittelfristig wolle sich seine Organisation darauf vorbereiten, so Jakemenko, Versuche von aus dem Ausland unterstützten Oppositionellen zu verhindern, die kommenden Duma- und Präsidentenwahlen Ende 2007 und Anfang 2008 zu fälschen.

Weit weniger medienwirksam als „Unsere“ und öffentlich kaum noch wahrgenommen präsentierte sich in den vergangenen zwei Jahren die Jugendorganisation der kremlnahen Partei Einiges Russland. Die populäre Frontfrau, die ehemalige Nachrichtensprecherin Alexandra Buratajewa, verschwand nach ihrem Einzug in die Staatsduma Ende 2003 vom Bildschirm und verlor viel an Popularität. Mitte November wurde die Parteijugend eines umfassenden Relaunches unterzogen und in „Junge Garde des Einigen Russlands“ umbenannt. An die Spitze traten der erfolgreiche Kinoregisseur Fjodor Bondartschuk und der bei Jugendlichen „kultige“ Fernsehmoderator und Produzent Iwan Demidow.

Kurz vor der Ernennung Bondartschuks zum Parteijugendboss hatte Präsident Putin ihn zum gemeinsamen Anschauen des Bondartschuk-Films „Die 9. Kompanie“ empfangen. Der Film zeigt den verzweifelten und für alle bis auf einen Soldaten tödlich endenden Kampf einer sowjetischen Fallschirmspringereinheit in Afghanistan, kurz vor dem Abzug der sowjetischen Truppen Ende der 80er Jahre. Passenderweise heißen die Parteioffiziere der „Jungen

Garde“ „Kommandeure“. Die Bezeichnung geht auf einen sowjetischen Film aus den fünfziger Jahren über eine jugendliche Widerstandsgruppe im deutschen Besatzungsgebiet während des Zweiten Weltkriegs zurück, deren Mitglieder alle von den deutschen Besatzern hingerichtet wurden.

Liberales

Auch die Aktivierung liberaler Jugendorganisationen und die Entstehung gleich einer ganzen Reihe neuer Gruppen sind Folge der „Orangen Revolution“ in der Ukraine. Dahinter steht unter anderem die Hoffnung, dass jungen Menschen in Russland eine ähnlich wichtige mobilisierende Rolle wie bei den Dauerdemonstrationen und dem Zeltlager auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew spielen können. Größeren Zulauf haben liberale Jugendgruppen vor allem in Moskau, St. Petersburg und einigen anderen großen Regionalzentren.

„Weg ohne Putin“ (Iduschtschije bes Putina) entstand Anfang 2005 an St. Petersburger Universitäten als direkte Antwort auf den „Gemeinsamen Weg“ (Iduschtschije Wmestje). Filialen entstanden in Moskau und Kaliningrad. Die Hauptlosung ist: „Wir sind freie Menschen und wollen in einem freien Land leben.“ Schon im Mai 2005 spaltete sich die Moskauer Filiale ab und gründete eine eigene Organisation unter dem Namen „Wir“ (My). „Wir“ steht offen und ausdrücklich in der Tradition der „Orangen Revolution“ in der Ukraine.

Die Jugendorganisation der Partei Jabloko, „Junges Jabloko“, besteht bereits seit der Parteigründung 1994 und hat nach eigenen Angaben Untergliederungen in 35 Regionen, die größten in Moskau, St. Petersburg und Samara. Seit der Niederlage von Jabloko bei den Parlamentswahlen im Dezember 2003 tritt „Junges Jabloko“ als Organisator von Protestveranstaltungen der liberalen Opposition auf.

Im April 2005 schufen „Junges Jabloko“, „Weg ohne Putin“ sowie eine Reihe kleinerer Organisationen aus dem liberalen Lager den Zusammenschluss „Verteidigung“ (Oborona). Dahinter stand die Idee, den seit zwei Jahren diskutierten Zusammenschluss der liberalen Parteien zu forcieren. Mitte 2005 hatte „Verteidigung“ Filialen in Moskau, St. Petersburg, Murmansk, Barnaul, Woronesch, Perm, Nischnij Nowgorod unter einer Reihe weiterer Großstädte. „Verteidigung“ nimmt sich die serbische „Otpor“, die ukrainische „Pora“ und die georgische „Chmara“ zum Vorbild. Die größte öffentliche Aktion bisher war eine Unterstützungsdemonstration für Michail Chodorkowskij im Juni 2005.

„Ich denke“ (Ja Dumaju, abgekürzt JaD, auf Deutsch „Gift“) ist eine ursprünglich an der Moskauer privaten Hochschule für Wirtschaft ge-

gründete Studentenorganisation ohne Parteibindung, der sich inzwischen auch Studenten anderer Moskauer Hochschulen angeschlossen haben. „Ich denke“ hat angekündigt, den Wahlbeobachtern der Organisation „Unsere“ bei den Moskauer Stadtdumawahlen eigene „unabhängige“ Wahlbeobachter an die Seite zu stellen.

Vor allem in Südrussland und in der Wolgaregion ist seit 2004 eine sich „Grüne Alternative“ nennende Organisation mit Sitz in Woronesch aktiv, deren Ziel der Aufbau eines „grünen Milieus“ in Russland ist. Die Organisation besteht aus Aktivisten und Aktivistinnen ökologischer Initiativgruppen und Mitgliedern des Netzwerks „Bewegung Junger Menschenrechtler“.

Linksradikale

Linksradikale Gruppen mit meist jungen Mitgliedern gibt es in Russland nach dem Wegfall des Fraktionsverbots der KPdSU mindestens so viele, wie in der Bundesrepublik der späten 70er Jahre. Abgesehen von den untypischen Ausnahmen anarchistischer Organisationen und der National-Bolschewistischen Partei des Schriftstellers Eduard Limonow waren sie lange Zeit öffentlich kaum sichtbar. Das änderte sich mit den Protesten gegen die Mitte 2004 verabschiedeten und Anfang 2005 in Kraft getretenen Sozialreformen. Die ersten Initiatoren dieser Proteste waren weder die KPRF noch die Gewerkschaften, sondern kleine trotzkistische und anarchistische Gruppen in den Regionen. Nichtsdestotrotz hauchten die seit den 1990er Jahren größten Sozialproteste dem gesamten linksradikalen Spektrum und vor allem den Jugendorganisationen neuen Atem ein.

Die „Linke Jugendfront“ ist ein 2004 entstandener Zusammenschluss linker Jugendorganisationen, darunter die „Union der Kommunistischen Jugend“ (SKM, Jugendorganisation der KPRF), die „Avantgarde der Roten Jugend“ (AKM, Jugendorganisation von „Arbeitendes Russland“, der Partei von Viktor Anpilow), der „Sozialistische Widerstand“ (Sozialistitscheskoje Soprotiwlenije) und die „Revolutionäre Kommunistische Jugendunion“ (Revoljuzionnyj Kommunistitscheskij Sojus Molodjoschi). Die Linke Jugendfront organisierte eine Reihe von Demonstrationen, darunter gegen den „Krieg im Irak, in Tschetschenien und in Palästina“, für den kostenlosen Personennahverkehr, einen „antikapitalistischen Marsch“ und einen Hungerstreik gegen die Sozialreformen.

Bereits Anfang 2005 verschärften sich ideologische Gegensätze. Während AKM in seinem Programm die „revolutionären Lehren Lenins und Stalins“ preist, sind Rhetorik und Politik von SKM, deren Mutterpartei KPRF im Parlament vertreten ist, entsprechend gemäßigter. Der „Sozialistische Widerstand“ ist die größte

trotzkistische Organisation Russlands. Er beteiligt sich aktiv an antiglobalistischen Aktionen und wirkte auch an der Gründung eines russischen Ablegers von attac mit.

Eine der größten und öffentlich wirksamsten Gruppen der radikalen Linken ist die National-Bolschewistische Partei (NBP). Sie wurde bereits 1993 von dem Schriftsteller Eduard Limonow gegründet und bezieht sich auf eine russifizierte Version des frühen Nationalsozialismus der 20er Jahre. Zwar ist die NBP keine klassische Jugendorganisation, ein großer Teil ihrer Aktivisten besteht jedoch aus jungen Menschen um die zwanzig.

Mitte Dezember 2004 drangen 39 NBP-Aktivisten in den Anmelderaum der Präsidentenadministration ein und forderten „demokratische Freiheiten und die Freilassung der politischen Gefangenen“. Sie drängten die dort Beschäftigten Beamten ohne Gewaltanwendung aus dem Gebäude und verbarrikadierten sich. Nach einiger Zeit wurden sie von Sondereinheiten verhaftet. Bis heute befinden sich alle 39 Aktivisten in Untersuchungshaft. Gegen sie wurde anfangs wegen Versuchs eines Staatsstreichs ermittelt. Die Anklage wurde später in „Organisation von Massenunruhen“ umgewandelt. Bei Verurteilung drohen den jungen Menschen Lagerhaftstrafen von bis zu 15 Jahren.

Diese und eine Reihe Nachfolgeaktionen brachten den Nationalbolschewisten vor allem wegen des eingegangenen hohen persönlichen Risikos große Achtung in der politischen Opposition ein. Liberale Politiker und Menschenrechtler setzen sich für ihre Freilassung ein.

Rechtsextreme und Nationalisten

Aussagen über die innere Struktur rechtsextremistischer oder nationalistischer Gruppen zu machen ist schwierig. Zum einen gibt es nur wenige Jugendorganisationen in dem hier behandelten Sinn. Zum anderen sind die rechten Gruppen Außenstehenden gegenüber meist sehr verschlossen. Häufig übernehmen sie nationalsozialistische Symbole und Ästhetik. Der NS-Zusammenhang wird dabei in der

Regel geleugnet. An das NS-Hakenkreuz erinnernde Runen ebenso wie schwarze Uniformen im Stil der SS werden auf russische und slawische Wurzeln zurückgeführt. Die seit den 1990er Jahren öffentlich wichtigste Organisation „Russische National Einheit“ (Russkoe Nazionalnoje Jedinstwo, RNJe) hat ihre Bedeutung weitgehend verloren. Vor allem in Moskau und St. Petersburg versucht eine „Neue Nationale Partei“ ihren Platz zu übernehmen. Eine wichtige Mobilisierungsreserve für rechte Gruppen bilden in fast jeder größeren Stadt anzutreffende Skinheadgruppierungen aus dem Fußball-Hooliganmilieu.

In den vergangenen Jahren hat im rechtsextremen Milieu der so genannte Kampf gegen „illegale Migranten“ den traditionell konstitutiven Antisemitismus in den Hintergrund gedrängt. Es scheint sich hier aber eher um einen taktischen Schritt als um eine ideologische Umorientierung zu handeln. Die rechten Gruppen fühlen im Windschatten der zumindest verbal zunehmend antiwestlichen Politik der russischen Staatsführung unter Putin eine Chance, kulturell und politisch in die Offensive zu kommen. Am 4. und 27. November 2005 brachten Aufmärsche einer ebenfalls vorwiegend aus Jugendlichen bestehenden „Bewegung gegen illegale Immigration“ in Moskau jeweils bis zu 2.000 Anhänger unter Losungen wie „Russland den Russen“ und „Moskau gehört uns“ auf die Straße.

Schluss

Binnen einen Jahres sind Jugendorganisationen zu einem sichtbaren Teil der russischen Politik geworden. Noch ist es zu früh, zu sagen, ob diese Politisierung junger Menschen nur kurzfristigen und konjunkturellen Charakter hat oder weiter anhalten und sich vielleicht noch verstärken wird. Für beides gibt es gute Argumente. Festzuhalten bleibt aber auf jeden Fall, dass sowohl der Kreml als auch die Oppositionsparteien Jugendorganisationen zumindest bis zu den kommenden Wahlen als Mittel im politischen Kampf zu nutzen versuchen werden.

Redaktion: Heiko Pleines

Über den Autoren:

Jens Siegert ist Diplompolitologe und Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau, wo er vorher als Korrespondent deutscher Zeitungen tätig war.

Lesetipp:

Analysen kultureller und weltanschaulicher Orientierungen russischer Jugendlicher bietet *kultura* Nr. 2/2005, http://www.forschungsstelle-osteuropa.de/con/images/stories/pdf/kultura/kultura_2.pdf